Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreis im Monat Abholt von der Geschäftsst. M 2.—, ins Haus gebracht einschl. 38 Pfg. Botenlohn 2.38, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.53. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg. behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 351 | Montag, den 19. Dezember 1932 | Jahrgang 1932

Kabinett Paul-Boncour gebildet.

Linksregierung mit sozialistischer Tolerierung.

— **Paris**, 18. Dezember.

Paul-Boncour, der Kriegsminister des zurückgetretenen Kabinetts Herriot, hat heute sein Kabinett gebildet und es am späten Abend dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Schon gestern abend erfuhr man, daß er trotz der Weigerung der Sozialisten, in sein Kabinett einzutreten, dem Präsidenten Lebrun die Annahme des ihm erteilten Auftrages erklärt hatte. Wenn die Sozialisten ihm eine Absage erteilt haben, so spielte dabei natürlich mit, daß sie gegen diesen Ueberläufer aus der eigenen Partei, der als der beredteste Verteidiger der französischen Rüstungspolitik bekannt ist, starkes Mißtrauen haben. Entscheidend dürfte aber für sie gewesen sein, daß sie mit seinen Sparvorschlägen nicht einverstanden sind. Wenn die sozialistische Kammerfraktion sich gleichwohl bereit erklärt hat, seine Aufgabe dadurch zu erleichtern, daß sie ihm gegenüber die Unterstützungspolitik unter den gleichen Umständen bestätigt, wie gegenüber dem voraufgegangenen Kabinett, so hat Paul-Boncour dieses Tolerierungsversprechen durch einige Zusagen gegenüber den sozialistischen Wünschen erreicht. Die Ausführungen, die er am Samstag vor dem Vollzugsausschuß der sozialistischen Fraktion gemacht hat, können im gewissen Sinne bereits als eine Art Regierungserklärung gewertet werden. Daraus geht deutlich hervor, daß sich sein Kabinett in finanz- und sozialpolitischer Beziehung vor eine schwierige Aufgabe gestellt sieht, da es von vornherein bei den gemäßigten und rechten Gruppen der Kammer auf Opposition stößt. Das Finanzprogramm des bisherigen Finanzministers Germain-Martin wird eingehend revidiert werden. Die Gehaltskürzung der Beamten, mit deren Hilfe der bisherige Finanzminister das Gleichgewicht des Haushaltes wiederherstellen wollte, soll dem Wunsch der Sozialisten gemäß fallen gelassen werden, ohne daß man sich aber klar darüber ist, wie die notwendigen Ersparnisse erzielt werden können. Auch die sozialistische These von der Monopolisierung der Versicherungsgesellschaften ist von Paul-Boncour grundsätzlich angenommen worden. Nur in der Abrüstungsfrage hat sich der ständige Vertreter Frankreichs beim Völkerbund unnachgiebig gezeigt. Er hat erklärt, daß die von den Sozialisten gewünschte Herabsetzung des Kriegshaushalts auf den Stand von 1928 nicht möglich sei, solange der französische Sicherheitsplan nicht verwirklicht worden sei.

Der Versuch Paul-Boncours, den bisherigen Ministerpräsidenten Herriot zur Uebernahme eines Portefeuilles zu gewinnen, ist ebenfalls nicht gelungen. Herriot hat sich aber damit begnügt, Paul-Boncour zur Uebernahme des Ministerpräsidentenamtes zu raten und ihm hierfür seine Unterstützung in Aussicht zu stellen.

„Ich hätte gern", erklärte Paul-Boncour, „getreu den von mir stets vertretenen Ideen die sozialistische Partei an der Regierung beteiligt und in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts den weitgehenden Zusammenschluß der Linken zum Ausdruck gebracht, der gegenwärtig notwendiger ist, denn je. Die sozialistische Partei hat jedoch, obwohl sie mir ihre Sympathie zum Ausdruck brachte, nicht geglaubt, meinem Wunsche Folge leisten zu können. Da der Präsident der Republik in mich drang, und auch die verschiedenen linksstehenden Fraktionen der Kammer mich ermunterten, habe ich mich dennoch entschlossen, die mir angebotene Aufgabe anzunehmen."

Die Formel, die Paul-Boncour schließlich für sein Kabinett gefunden hat, lautet: kein Kartell der Linken, sondern eine Vereinigung der Linken.

Die Zusammensetzung des Kabinetts ist folgende:

Ministerpräsidium und Auswärtiges: Paul-Boncour (Senator);
Finanzen: Cheron (Senator — Unabhängiger ehem. Fraktion Poincaré);
Oeffentliche Arbeiten: George Bonnet (Abgeordneter, Radikal);
Inneres: Chautemps (Abgeordneter, Radikal);
Krieg: Daladier (Abgeordneter, Radikal);
Luftfahrt: Painlevé (Abgeordneter, Sozialrepublikaner);
Kriegsmarine: Leygues (Abgeordneter, Unabhängig. fr. Linksrep.);
Landwirtschaft: Queuille (Abgeordn., Radikal);
Pensionen: Milliet (Abgeordneter, Radikal);
Justiz: Gardew (Senator, Radikal);
Nationale Erziehung: de Monzie (Abgeordneter, rechter Sozialist);
Kolonien: Albert Sarraut (Senator, Radikal);
Arbeiten: Dalimier (Abgeordneter, Radikal);
Handelsmarine: Leon Meyer (Abgeordn., Rad.);
Oeffentliche Gesundheitspflege: Danielo (Abgeordneter, radikale Linke);
Handel: Durand (Abgeordneter, Radikal);
Post: Laurent Eynac (Abgeordneter, rad. Linke).

Das neue Kabinett findet im großen und ganzen wohlwollende Aufnahme. So erklärt „Oeuvre", wer dem Kabinett seine Sympathie versage, übernehme eine schwere Verantwortung. Auch Herriots Blatt „Ere Nouvelle" begrüßt die Betrauung Paul-Boncours, befürchtet aber, daß die Sozialisten ihm recht bald Ungelegenheiten bereiten könnten. Nur die Blätter, die schon das Kabinett Herriot und besonders dessen Außenpolitik bekämpft haben, lehnen ein Ministerium Paul-Boncour ab. „Echo de Paris" erklärt, gewiß sei Paul-Boncour Patriot und gelegentlich sogar Chauvinist. Aber dieser Chauvinismus sei oberflächlich und gefalle sich in einem Pseudojakobinertum. Die in der Opposition stehenden Republikaner könnten Paul-Boncour keinen Kredit gewähren. „Figaro" nennt das Kabinett Paul-Boncour bereits, obwohl dessen bisheriges Verhalten durchaus dagegen spricht, das Kabinett der Abrüstung Frankreichs.

★

Joseph Paul-Boncour wurde am 4. August 1873 in St. Aignan (Loir-et-Cher) geboren. Er wurde Advokat und Journalist in Paris. Politisch trat er erstmals als erster Sekretär der spanisch-amerikanischen Friedenskonferenz in Paris 1898 hervor; dann als Privatsekretär von Waldeck-Rousseau während der Jahre 1899 bis 1902. Später, 1906, war er Abteilungschef im Arbeitsministerium. In die Kammer wurde er erstmals 1909 für Blois gewählt. Im Kabinett Monis erhielt er das Arbeitsministerium. Im Jahre 1914 verlor er sein Mandat und war dann im Kriege zuletzt als Bataillonsführer an der Front, wo er zweimal im Armee-Tagesbefehl ehrend erwähnt wurde. Nach dem Krieg wurde er zuletzt 1919 in Paris, dann 1924 in Tarn als Sozialist in die Kammer gewählt, wo er mehr und mehr sich zu einem der Führer der Sozialisten entwickelte, aber mit einem nationalistischen Einschlag. Dabei ist er außerordentlich reich. In einer früheren Ehe war er mit der Erbtochter des Schokoladenfabrikanten Meunier verheiratet.

Sein besonderes Interesse wandte er den auswärtigen Fragen und denen des Völkerbundes zu In Genf hat er bisher Frankreich namentlich vertreten, wenn es sich um die Abrüstungsfrage handelte. Ebenso wenig wie seine Haltung in Genf gefiel seiner Partei, daß er als Rechtsbeistand der ehemaligen Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, in ihrem Entschädigungsprozeß gegen das Deutsche Reich bezw. Mecklenburg auftrat.

Als er Mitte November 1931 von der Kammer in den Senat übersiedelte, erklärte er seinen Austritt aus der sozialistischen Partei, um politisch volle Handlungsfreiheit zu haben. Im Januar 1932 lehnte er seinen Eintritt in das von Laval umgebildete Kabinett ab.

Nach dem Tode Briands wurde Paul-Boncour im April 1932 vom Präsidenten der Republik zum ständigen Delegierten Frankreichs im Völkerbundsrat ernannt. Dessen ungeachtet, trat er am 4. 6. 1932 als Kriegsminister in das von Herriot gebildete Kabinett ein. Jetzt hat er zum ersten Mal selber ein Kabinett gebildet, in dem er, was besondere Beachtung verdient, zugleich das Ministerium des Aeußeren übernommen hat. Von ihm stammt der bekannte Plan der Bildung einer Völkerbundsarmee.



Paul-Boncour.

Fortsetzung des Ministeriums Herriot.

— **Paris**, 18. Dez.

Bei Bekanntgabe der offiziellen Ministerliste erklärte Paul-Boncour: „Mein Ministerium ist die Fortsetzung des Ministeriums Herriot. Die Politik, die das Kabinett betreiben wird, wird dies beweisen. Die Betrauung Chérons mit dem Finanzministerium beweist zur Genüge, daß die gegenwärtige Regierung entsprechend der Absicht des voraufgegangenen Kabinetts dem Lande die volle Wahrheit über die finanzielle Lage zu sagen, schnell die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen gedenkt."

Morgen treten die Minister zu einem Kabinettsrat zusammen. Das Ministerium wird sich am Donnerstag dem Parlament vorstellen.

Die neue belgische Regierung.

Das erneuerte Kabinett de Broqueville.

× **Brüssel**, 17. Dezember.

Das heute gebildete neue belgische Kabinett de Broqueville besteht im wesentlichen aus denselben Persönlichkeiten wie das erste Ministerium de Broqueville. Das Bündnis Katholiken-Liberale ist aufs neue gefestigt, umsomehr, als sich die beiden Parteien über die wichtige innerpolitische Streitfrage der staatlichen Unterstützungen für katholische Schulen einigen konnten.

Allerdings sind einige kleine Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts doch vorgenommen worden. Theunis, der auf seinen eigenen Wunsch das Verteidigungsministerium verläßt, wird durch den liberalen Parteiführer Devèze ersetzt. In den Vorverhandlungen zur Regierungsbildung haben die Liberalen die Frage der Landesverteidigung und insbesondere den Schutz der wallonischen Gebiete in den Vordergrund gestellt und ihren Wünschen ist auch insofern Rechnung getragen worden, als ihr Parteiführer selbst das Verteidigungsministerium erhält. Das Verlangen der wallonischen Liberalen, einen ihrer Landsleute, den bisherigen Postminister, zum Verteidigungsminister zu machen, scheiterte an verschiedenen Widerständen, unter anderem auch an den Bedenken des Generalstabes, der durch die Wahl einer solchen Persönlichkeit eine allzu starke Festlegung auf Frankreich befürchtete.

Das neue Kabinett, in dem Hymans wieder das Ministerium des Auswärtigen übernommen hat, wird sich am Dienstag den beiden Kammern vorstellen. Seine wichtigste Aufgabe ist die Bewilligung wenigstens der unmittelbar notwendigen Etatsmittel für die ersten Monate des neuen Haushaltsjahres 1933. Weiter gilt es, den durch Wahlen und die politischen Kämpfe bis zur letzten Stunde verzögerten Plan der Sanierung der Staatsfinanzen mit größter Beschleunigung fertigzustellen. Das Defizit beträgt nicht weniger als 2½ Milliarden Franken.

Noch in dieser Woche Einberufung des Reichstags?

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 18. Dezember (Drahtb.).

In der Woche vor Weihnachten werden noch einige wichtige politische Entscheidungen fallen. Am Montag tritt der Aeltestenrat des Reichstages zusammen, um über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages noch vor Weihnachten zur Beschlußfassung über den kommunistischen Antrag auf Winterhilfe zu beraten. Am Dienstag wird sich der Reichsrat mit der Amnestiefrage befassen. Es wird sich zeigen müssen, ob durch Annahme oder Nichtannahme gewisse Gefahren beseitigt werden können, die durch die ablehnende Haltung einiger Länder gegenüber dem Reichstag entstanden sind. Am gleichen Tag wird vom Reichspräsidenten die Notverordnung zur Förderung des inneren Friedens erlassen werden. Am Mittwoch wird sich das Reichskabinett mit der Winterhilfe beschäftigen.

In politisch ruhig denkenden Kreisen glaubt man, die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß es zu keinem Konflikt komme. Immerhin sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Voraussichtlich werden im Aeltestenrat für die Einberufung des Reichstages nur die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmen. Mit ihrer Haltung wollen sie auf die Nationalsozialisten einen Druck ausüben, die sofort Farbe bekennen sollen, wie sie sich zur Regierung Schleicher stellen. Von den Nationalsozialisten wurde bisher nur bekannt, daß sie die Entscheidung erst im nächsten Jahre herbeiführen wollen. Sie werden daher wahrscheinlich dem Drängen der Linksopposition nicht nachgeben. Bei der Wankelmütigkeit der nationalsozialistischen Politik müssen aber alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, zumal man auch nicht weiß, ob Reichstagspräsident Göring, der bisher gegen eine Einberufung des Reichstages noch in diesem Jahre war, nicht vielleicht seine Meinung geändert hat und weil ebensowenig bekannt ist, welche Richtlinien Hitler seinen Leuten für die Sitzung des Aeltestenrates erteilt hat.

Ebenso unsicher wie die Beschlußfassung im Aeltestenrat ist auch eine Prophezeiung über das Schicksal der Amnestie im Reichsrat, besonders weil über die preußischen Stimmen im Reichsrat noch keine Klarheit herrscht. Wenn jedoch im Reichstat die erforderliche Stimmenmehrheit für die Amnestie nicht zustande käme, so wäre deswegen mit einer Einberufung des Reichstages vor Weihnachten, die zweifellos von den Kommunisten beantragt würde, schon wegen rein technischer Schwierigkeiten nicht zu rechnen.

Mit größerer Sicherheit als die zu erwartenden Beschlüsse des Aeltestenrates des Reichstages und des Reichsrates lassen sich die Entscheidungen der Reichsregierung voraussehen. In dieser Beziehung dürfte sich an den bisher gemachten Mitteilungen im wesentlichen nichts ändern. Wie verlautet, werden in den nächsten Wochen in den maßgebenden Kreisen Verhandlungen gepflogen werden, um eine Einberufung des Reichstages im neuen Jahre erst eine Zeit lang hinauszuzögern, damit die Reichsregierung einen möglichst weiten Spielraum zur Durchführung ihres Programms bekommt. Ob diese Bemühungen von Erfolg sein werden, muß allerdings dahingestellt bleiben.

Internationale Festsetzung der 40 Stunden-Woche?

30 Millionen Arbeitslose in der Welt!

— **Genf**, 18. Dez.

Das Internationale Arbeitsamt übermittelt sämtlichen Regierungen zu der am 10. Januar beginnenden Sonderkonferenz für die Regelung der Arbeitszeit einen umfangreichen Bericht, in dem eingehend das gesamte Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Arbeitszeit behandelt wird. Der Bericht stellt fest, daß in einzelnen großen Industriestaaten ein Viertel, teilweise sogar ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft gegenwärtig arbeitslos sei. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen der Welt beträgt danach heute 30 Millionen. Die Lohnverluste durch die Arbeitslosigkeit werden in dem Bericht auf 100 Milliarden Goldfranken im Jahre geschätzt. Die Arbeitslosigkeit, die auf der einen Seite eine Folge der Weltwirtschaftskrise sei, werde hierdurch zu einer Ursache der weiteren Verschärfung der Krise. Der Bericht des Arbeitsamtes untersucht sodann die Möglichkeiten, durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit neue Arbeitsbeschaffung für eine größere Zahl von Arbeitern zu finden. Eingehend untersucht der Bericht die hierbei von einzelnen Regierungen ergriffenen Maßnahmen sowie die Vorschläge von privater Seite. Zum Schluß des Berichtes wird der Vorschlag einer internationalen Regelung gemacht, nach der die Arbeitszeit für die weitere Zukunft zunächst auf eine 40 Stunden-Woche festgesetzt werden soll.

Die vermißte Filmexpedition.

Fünf Deutsche an Bord der Yacht.

× **Paris**, 17. Dezember.

In Pariser Filmkreisen wie auch an amtlicher Stelle ist man sehr beunruhigt über das Schicksal der französischen Filmexpedition, von der man, wie bereits gemeldet, seit drei Wochen nichts gehört hat. Die aus 28 Köpfen bestehende Expedition hatte an Bord der Yacht „Sita" am 8. November Marseille verlassen und war am 26. November auf den Cap Verdischen Inseln eingetroffen, von wo sie zwei Tage später wieder in See ging. Von den Schauspielern sind fünf Deutsche. Die Hauptdarstellerin ist eine junge Danzigerin, Renate Mandel. Margarete Schulz, eine Hannoveranerin, hat ebenfalls eine der ersten Rollen erhalten, und zwei Berliner, die vorläufig nur unter ihren Künstlernamen Lary und Golz bekannt sind, sollten als Gegenspieler der beiden Künstlerinnen mitwirken. Auch der Operateur Brining ist ein Deutscher, hat seinen Wohnsitz jedoch in Brüssel. Außerdem gehören der Expedition zwei Professoren von der Universität Mailand an, die wissenschaftliche Studien über die Sitten der Urwaldbevölkerung machen wollten.

Das französische Außenministerium hat sich jetzt mit der Angelegenheit beschäftigt und das französische Konsulat in Para aufgefordert, an der amerikanischen Küste Nachforschungen anstellen zu lassen. Von Rio de Janeiro, Para und Buenos Aires aus hat man versucht, sich auf funkentelegraphischem Wege mit der Yacht in Verbindung zu setzen, aber ohne Erfolg. Das Schiff hätte bereits am 6. Dezember in Para eintreffen müssen; es hatte nur für zehn Tage Brennstoff und Verpflegung an Bord.

Neuer Reichskommissar für Preisüberwachung.

— **Berlin**, 18. Dez.

Der Reichspräsident hat den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Dr. Goerdeler auf seinen vor längerer Zeit gestellten Antrag vom Amte des Reichskommissars für Preisüberwachung entbunden. Mit der Führung dieser Geschäfte wird der Ministerial-

direktor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Heinße betraut.

Der Reichskanzler hat dem Oberbürgermeister Gördeler in einem längeren Schreiben zugleich im Namen der Reichsregierung für seine wertvollen Dienste als Reichskommissar für die Preisüberwachung gedankt.

„Siedlungshemmnisse müssen überwunden werden."

Ein Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichskanzler.

× **Berlin**, 18. Dezember.

Wie „Der Deutsche" in seiner Sonntagsnummer mitteilt, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund an den Reichskanzler von Schleicher ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In Ihrer Rundfunkrede vom 15 Dezember haben wir folgenden Satz gehört: „Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung eng zusammen. Ueber die Notwendigkeit zu siedeln, und zwar so schnell und so viel wie möglich sind wir uns alle einig. Aber mit dem Vollbringen des Guten hat es bisher arg gehapert." Wir unsererseits möchten gerade diesen Satz mit allem Nachdruck unterstrichen sehen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat unterm 19. August der Reichsregierung seine Stellungnahme zum Problem Arbeitslosigkeit und Siedlung unterbreitet. Wir müssen feststellen, daß in der Zwischenzeit eine wirkliche Förderung der Siedlung nicht eingetreten ist, sondern daß sich alle Anzeichen für einen weiteren Rückgang gezeigt haben. Die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiter und Angestellten haben die Regierung von Papen für die Unterlassungen verantwortlich gemacht und sie gebeten, in letzter Stunde nachzuholen, was versäumt ist. Das ist nicht geschehen. Sie, Herr Reichskanzler, haben sich klarer als ihr Vorgänger zu dieser Aufgabe bekannt. Sorgen Sie dafür, daß es nicht bei diesen eindrucksvollen Worten bleibt, sondern daß das Siedlungswerk wirklich vollbracht wird."

Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht dann zur Frage „Arbeitslosigkeit und Siedlung" seine Vorschläge und schließt sein Schreiben wie folgt: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet vom Herrn Reichskanzler und vom Herrn Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, daß sie die Hemmnisse, die der Siedlung seit der Ueberführung ihrer Betreuung in das Reichsernährungsministerium in den Weg gelegt worden sind, durch rücksichtsloses Durchgreifen überwinden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nicht das Vertrauen, daß der bisher für diese Fragen allein zuständige Herr Reichsernährungsminister von Braun der Siedlung das notwendige und erfolgreich fördernde Interesse entgegengebracht hat.

Künftig keine Kanzleibeamten mehr.

— **Berlin**, 18. Dez.

In Verfolg einer früheren Anregung des Reichstages hat der Reichsfinanzminister dem Reichstag jetzt eine Denkschrift zugehen lassen. Danach soll es künftig Kanzleibeamten nicht mehr geben. Die Schreibarbeit sei kein Tätigkeitsgebiet, das ständig und hauptsächlich von Beamten wahrgenommen werden müsse. Die Regierung werde den Kanzleidienst unter dem Gesichtspunkt neu ordnen, daß Schreibarbeit von Angestellten und Verwaltungsarbeit von Beamten auszuführen sei. Die bisherigen Kanzleibeamten sollen natürlich übernommen werden.

Tod Eduard Bernsteins.

× **Berlin**, 18. Dezember.

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein ist im fast vollendeten 83. Lebensjahre an Altersschwäche gestorben.

Bernstein gehörte der sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1872 an. Gebürtiger Berliner, war er in seiner Jugend eine Zeit lang Bankangestellter, widmete sich aber bald ganz der politischen Tätigkeit. Er war lange Jahre in der Schweiz Redakteur des sozialdemokratischen Kampforgans „Sozialdemokrat", das der Bekämpfung des deutschen Sozialistengesetzes diente. Nach Ausweisung der Redaktion aus Zürich, ging er nach London, wo er bis zum Jahre 1901 lebte, da ihm auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat nicht erteilt wurde. Er zählte zu den persönlichen Bekannten von Marx und Engels, wurde aber unter dem Einfluß des englischen Sozialismus Gegner der radikalen Richtung seiner Partei und wurde Begründer des Revisionismus. Von 1902 bis 1906, von 1912 bis 1918 und von 1920 bis 1928 war er Mitglied des Deutschen Reichstages. Seine Schriften zur Theorie des Sozialismus genossen internationalen Ruf.

Auch Thüringen führt die Schlachtsteuer ein.

¶ **Weimar**, 17. Dezember.

Das thüringische Kabinett hat in einer am Sonnabend Nachmittag abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Schlachtsteuer in Thüringen einzuführen. Diese Maßnahme erfolge, da das Reich für seine finanzielle Hilfe an Thüringen die Bedingung geknüpft habe, daß vorher sämtliche Steuerquellen voll ausgeschöpft werden müßten. Da der Landtag erst im Februar wieder zusammentritt, wird die Einführung der Steuer durch Notgesetz erfolgen.

Außerordentliche Konferenz der Kleinen Entente.

— **Belgrad**, 18. Dez.

Zur Teilnahme an einer außerordentlichen Konferenz der Kleinen Entente sind der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch und der rumänische Außenminister Titulescu hier eingetroffen. Das Programm der Konferenz sieht u. a. vor eine Besprechung der von Jugoslawien angeregten besonderen Frage der mitteleuropäischen Politik, ferner Beschlußfassung über eine gemeinsame Stellungnahme zu den Fragen der Abrüstung und der Reparationen und zu der Frage der europäischen Wirtschaftspolitik. Zur letzteren Frage erwartet man eine Ueberprüfung der s. Zt. zur Bildung der Kleinen Wirtschaftsentente gefaßten Beschlüsse. Zur Abrüstungsfrage nimmt man an, daß eine neuerliche Solidaritätskundgebung beschlossen wird. Jedenfalls dürfte die Einigung der fünf Großmächte in der Abrüstungsfrage, die erst nach der Einberufung der Konferenz der Kleinen Entente erfolgt ist, geeignet sein, den Rahmen der Belgrader Verhandlungen zu erweitern. Wahrscheinlich ist auch, daß die Frage der Beziehungen zur Sowjetunion im Zusammenhang mit der französisch-russischen Annäherung zur Erörterung gelangen wird.

Die Bestückung des neuen französischen Linienschiffes.

:: **Paris**, 17. Dezember.

Die Agentur Havas macht über die Bestückung des neuen 26500 Tonnen großen Linienschiffes „Dünkirchen" folgende Angaben:

Acht Geschütze von 330 Millimeter verteilen sich auf zwei Drehtürme, die im Vorderschiff übereinander liegen und ein sehr weites Schußfeld haben. Bei einem Rückzugsgefecht kann das Schiff sich durch seine aus 16 Geschützen bestehende mittelstarke Artillerie verteidigen und gegen Verfolgung durch Ablassen künstlichen Nebels decken. Gegen Granaten und Bomben schützt ein vertikaler und ein horizontaler Panzer; ferner ist ein Unterwasserschutz gegen Torpedos und Minen vorgesehen. Außerdem wird das Schiff mit etwa 40 Maschinengewehren und leichten Flugzeugabwehrkanonen bestückt.

Der Kapitän, den „ein Mann über Bord" nicht kümmert.

Hitlers politische Geschäftstheorie.

() **Halle**, 18. Dezember.

Vor etwa 2 000 Amtswaltern, Ortsgruppenleitern und Stützpunktleitern der politischen Gliederung der NSDAP sprach am Sonnabend der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, über den künftigen Weg der NSDAP und ihr politisches Programm. Hitler führte etwa aus:

Der Mensch leide nur allzu leicht darunter, daß er unter dem Eindruck eines Erfolges den Beginn vergesse. Zu Beginn des Jahres 1932 sei die Bewegung nahezu der völligen zwangsweisen Auflösung ausgesetzt gewesen, „und wenn wir nun" — so sagte Hitler — „diesem Anfang das Ende des Jahres 1932 gegenüberstellen, wo ist da der Grund zur Mutlosigkeit? Heute ist unsere Bewegung ein unübersehbarer Faktor, so unübersehbar, daß alle Regierungen immer nur zu einem gewissen Preis zu haben sind, der im wesentlichen von uns selbst bestimmt werden muß. Diese Sorge um den Preis ist so groß, daß man uns in die Regierung hineinbitten wollte, allerdings auch wiederum zu einem Preis, den ich für unannehmbar halte. Innerlich haben unsere Gegner ihre Meinung über uns in nichts geändert, wohl aber sind die Methoden, mit denen sie uns bekämpften, mehr als einmal gewechselt worden. Alle diese Mittel haben bis auf den heutigen Tag restlos ihre Wirkung verfehlt. Nun kommt man mit dem Danaergeschenk. Auf der einen Seite bedrohte man uns durch Notverordnungen, auf der anderen bot man uns einige Posten an. Im Glauben, daß das ihnen wenigstens die Gewähr für unsere Unschädlichkeit bieten könne. Ich sehe aber die Dinge weit anders. Wir sind heute in Deutschland die stärkste politische Partei. Wenn es unseren politischen Gegnern wirklich ernst wäre mit einer Verständigung, dann frage ich Sie: Warum haben Sie, meine Herren Befürworter und Gönner aus dem bürgerlichen Lager unserer Bewegung nicht die Macht bewilligt, die Sie doch bisher jedem SPD-Bonzen ohne weiteres zugestanden hatten?" Ich lasse mich nicht schlechter behandeln als die „Organisatoren des Landesverrats". Drei Dinge haben wir in die Waagschale zu werfen: Unseren Namen, unsere innere Kraft und unseren Glauben an Deutschland. Für diese Einlage in das Regierungsgeschäft können wir den entsprechenden Einfluß auf dieses Geschäft verlangen, und zwar ohne jede Klausel, ohne jede Einschränkung. Glauben Sie, es wäre für unsere Bewegung vorteilhafter gewesen, wir wären jetzt gleichzeitig mit Papen zusammen torpediert worden? Für mich ist die Reichsregierung niemals das Verdun der Westfront. Wir sind auch nicht dazu da, etwa verkrachte und ruinierte Staaten in Ordnung zu bringen und uns dann zum Schluß einen Fußtritt geben zu lassen. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen den Vorwurf, wir hätten nur Fehler gemacht. Wäre meine Arbeit lauter Fehler gewesen, wie hätte dann aus den sieben Mann eine Millionenbewegung wachsen können. Ich habe die Bewegung gegründet und ihr gegeben, was sie an Symbolen besitzt. Niemals kann ich daher so handeln, wie ein beliebiger Parteiführer, der eines Tages als Hospitant auftritt, weil sein eigener Laden in die Brüche gegangen ist. Ich kämpfe nicht, um Konzessionen zu machen oder gar zu kapitulieren.

Heute vormittag hielt Hitler vor den nationalsozialistischen Amtswaltern des Gaues Magdeburg—Anhalt eine ähnliche Rede zur Ermunterung seiner Anhänger. Zum Schluß sagte er, wenn die NSDAP 30 Mandate eingebüßt habe, so habe der Gegner inzwischen zwei Regierungen verloren. Wenn irgend jemand das Schiff des Nationalsozialismus verlasse, so kümmere ihn das nicht.

*

Göbbels: Alles oder nichts!

() **Essen**, 18. Dezember.

In der dicht besetzten Halle des Zirkus Hagenbeck hielt der Gau Essen der NSDAP am Sonntagnachmittag eine Amtswaltertagung ab, in der auch der neuernannte Stabsführer Dr. Ley und der Reichsorganisationsleiter Dr. Göbbels sprachen. Dr. Göbbels begründete dann in seiner Rede die bisherige und zukünftige Haltung der NSDAP. Wenn man frage, weshalb die NSDAP nicht in die Regierung gegangen sei, so müsse er sagen: „Wir wollen alles oder nichts, wir wollen keine Verlöhnung, wir haben nicht die Absicht, mit den Faulen und Kranken zu paktieren." Für die NSDAP gebe es keine Machtübernahme unter Verzicht auf den politischen Charakter. Die ganze Partei werde es einmal dem Führer danken, daß er in jenen krisenhaften Zeiten des 13. August und des 25. November seinen Charakter bewahrt habe. Dr. Göbbels verglich weiter die NSDAP mit einem Schiff im Sturm, dessen Kapitän es auch nicht kümmern könne, wenn ein Mann über Bord gehe. Die Autorität des Führers sei so groß, daß sie niemals erschüttert werden könne.

Eine gleiche Tagung mit Göbbels als Hauptredner fand heute nachmittag in der Düsseldorfer Tonhalle statt. An ihr sollen nach einem nationalsozialistischen Bericht über 6000 Amtswalter des Gaues Niederrhein teilgenommen haben.

*

Kube über die Preußenfrage.

() **Berlin**, 18. Dezember.

Der Vorsitzende der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Kube, beschäftigt sich im Preußischen Pressedienst der NSDAP ausführlich mit der Preußenfrage. Dabei kommt er auch auf die Verhandlungen der NSDAP mit dem Zentrum zu sprechen und schreibt u. a.:

„Für den Kenner der Verhältnisse und Vorgänge ist es außerordentlich interessant, die Pressemeldungen der letzten Monate in der Preußenfrage zu verfolgen. Bestimmte Kreise wollen dem Zentrum aufreden, es habe für Preußen immer wieder die Ministerpräsidentschaft Gregor Strassers verlangt. Daraus resultiere dann der sogenannte „Fall Strasser". Strasser ist zweifellos eine der markantesten Persönlichkeiten der großen deutschen Freiheitsbewegung, ein Mann mit ungewöhnlicher Willenskraft, ein guter Kenner der Wirtschaft und organisatorischer Aufgaben. Das Zentrum aber hat in seinen Besprechungen mit uns Personalwünsche bezüglich nationalsozialistischer Minister ebenso wenig geltend gemacht wie wir bezüglich der Minister, die die Zentrumspartei herausstellt. Wir Nationalsozialisten selbst haben in Preußen Personenfragen stets als Fragen zweiter Ordnung betrachtet und behandelt. Personenfragen entscheidet in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nur der Führer. Nachdem Adolf Hitler uns den Ministerpräsidenten für Preußen genannt hatte, war für uns Preußen diese Angelegenheit nicht einmal mehr Gegenstand der Diskussion."

Der vereitelte Staatsstreich in Argentinien.

❦ **Buenos Aires**, 17. Dezember.

Durch die zufällige Explosion einer Bombe ist die argentinische Regierung (wie wir bereits in einem Teil unserer Auflage gemeldet haben) einem geheimen Lager von über tausend Bomben und einer Verschwörung auf die Spur gekommen. Der nach Beschlagnahme des Bombenlagers verhaftete frühere Oberstleunant Cattaneo hat bei seinem Verhör eingestanden, er habe den Aufstand geleitet und sei allein für den gescheiterten Staatsstreich verantwortlich. Aus mehreren bei den Verschwörern gefundenen Dokumenten ergab sich, daß ein genauer Plan zum Sturz der Bundesregierung ausgearbeitet war; so hat man den Präsidenten der Republik und sämtliche Minister entführen wollen.

Unter den verhafteten Persönlichkeiten befinden sich auch die Führer der Radikalen Partei. Der Aufstand sollte am 30. Dezember losbrechen. Man spricht davon, daß die aufrührerische Organisation über sämtliche Provinzen verzweigt gewesen sei. Der frühere Präsident Irigoyen wurde nach der Insel Martin Garera deportiert. Auch die verhafteten Führer der Radikalen Partei sind durch einen Kreuzer nach einem Verbannungsort gebracht worden. Der Innenminister erklärte Herr der Lage zu sein. Die Schuldigen würden bestraft werden und alle Maßnahmen getroffen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Verhaftungen von Verdächtigen gehen weiter.

Baby von zweijährigem Bruder getötet.

× **Berlin**, 17. Dezember.

Eine nächtliche Kindertragödie wurde heute früh in der Familie eines Elektromonteurs Anders entdeckt. In der Nacht hatte der 2¼ Jahre alte Sohn des Elektromonteurs sein 4 Wochen altes Schwesterchen Vera im Schlaf erdrückt. Die Kinder schliefen in einem gemeinsamen Bett. Als die Mutter heute früh den Kindern die Milch bringen wollte, entdeckte sie, daß die kleine Vera erstickt war. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Aufklärung eines großen Juwelendiebstahls.

:: **Berlin**, 17. Dez.

Ein großer Juwelendiebstahl, der Mitte März in der Untergrundbahn zwischen den Stationen Wittenbergplatz und Bismarckstraße verübt worden war und bei dem eine Beute im Werte von 25 000 Mark gemacht wurde, fand jetzt seine Aufklärung. In der Person der 36 Jahre alten Gertrud Spring, einer bekannten Taschendiebin, wurde gestern die Täterin entlarvt. Nach anfänglichem Leugnen legte die Diebin ein umfassendes Geständnis ab. Am 11. März hatte eine Berlinerin, die aus Paris gekommen war, in den Abendstunden vom Wittenbergplatz aus die U-Bahn benutzt. Sie hatte eine kleine Handtasche bei sich, in der sich in einem schwarzen Beutelchen fast ihre gesamten Juwelen im Werte von etwa 25 000 Mark befanden. Als sie den Zug verlassen wollte, mußte sie bemerken, daß der Reißverschluß der Tasche aufgezogen und das schwarze Beutelchen aus der Tasche verschwunden war. Außerdem fehlten noch 700 Mark Bargeld.

Gestern abend erschien nun bei einem Juwelier in der Ansbacherstraße eine Frau in mittleren Jahren, die einen kostbaren Brillantring zum Taxieren vorlegte. Der Juwelier besah sich den Ring und die Frau, deren Aeußeres nicht im Einklang mit dem Besitz des Schmuckes zu stehen schien. Er ließ sie einen Moment warten und rief insgeheim einige Kriminalbeamte herbei, die die Frau festnahmen und aufs Revier brachten. Sie erzählte, wie sie die Bestohlene in der U-Bahn gesehen und beobachtet hatte, und wie sie ihr später im Gedränge die Handtasche öffnete. Gestern erst hatte sie den großen Brillanten aus dem Ring herausgebrochen, um ihn jetzt zu verkaufen. Bisher hatte sie von dem erbeuteten Bargeld gelebt. Jetzt aber brauchte sie neues. Als sie den Stein aus dem Ring entfernt hatte, wickelte sie den Reif, einen schmalen Platinreif, in Papier und warf ihn in einen Papierkorb in der Nähe der Gedächtniskirche. Beamte gingen mit ihr dorthin und suchten den Papierkorb durch. Tatsächlich wurde der Reif noch gefunden. Die Frau trug am Finger noch einen anderen Ring, der auch aus der Beute aus dem U-Bahnzug stammte. Ueber den Verbleib der übrigen Schmuckstücke hat sich die Diebin bisher nicht geäußert.

Schrecklicher Selbstmordversuch einer Hausgehilfin.

:: **Leipzig**, 18. Dezember.

In der Kronprinzenstraße war am Sonntag eine junge Hausgehilfin mit der Familie ihres Arbeitgebers in Meinungsverschiedenheiten geraten. Gegen 17 Uhr zündete sie die Wohnungseinrichtung an, steckte ihre Kleider in Brand und stürzte sich brennend aus dem Fenster der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße. Sie wurde mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Der in der Wohnung entstandene Brand konnte bald gelöscht werden.

Zehn Jahre Zuchthaus im Kriegsverratsprozeß Jäger.

— **Leipzig**, 17. Dez.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verkündete am Samstag das Urteil in dem Prozeß gegen den 41 jährigen Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt. Dem Angeschuldigten war bekanntlich zur Last gelegt worden, in der Nacht zum 14. April 1915 bei Langemarck in der Absicht übergelaufen zu sein, den in diesem Frontabschnitt geplanten ersten deutschen Gasangriff zu verraten. Jäger wurde wegen Verbrechens gegen § 58 Ziffer 8 des Militärstrafgesetzbuches (Kriegsverrat) zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 11½ Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 14 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten beantragt.

Bei der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, der Artikel des französischen Generals Ferry, der eine genaue wörtliche Wiedergabe der Bekundungen des deutschen Ueberläufers August Jäger über den bevorstehenden Gasangriff im Abschnitt Langemarck enthielt, habe natürlich nicht als prozessuales Beweismittel im Sinne einer Zeugenaussage verwendet werden können. Doch würden die darin enthaltenen Angaben im wesentlichen durch die Aussagen der im jetzigen Hauptverfahren vernommenen Zugen bestätigt. So habe der Kompagnieführer den Angeklagten als einen Menschen geschildert, der sich stets unliebsam bemerkbar gemacht und jedesmal, wenn es in den Graben gehen sollte, irgendeine Krankheit vorgeschützt habe. Die ehemaligen Kameraden des Angeklagten seien durchwegs der Meinung, er habe sich in der Nacht vom 13. zum 14. April nicht in das Hintergelände begeben, sondern sei zum Feind übergelaufen, was er übrigens selbst viele Jahre später einem alten Bekannten aus Jena gegenüber zugegeben habe. Nur wolle er keinen Verrat des Gasangriffs begangen haben. Doch auch das erachtet der Senat für widerlegt.

Tränengas in einem Wiener Warenhaus.

:: **Wien**, 18. Dezember.

Am heutigen Goldenen Sonntag, als in den Nachmittagsstunden das Warenhaus Gerngroß, das größte Warenhaus Wiens, nahezu überfüllt war, stiegen plötzlich gleichzeitig an mehreren Stellen von Tränengas herrührende Gase auf, die vor allem bei Frauen und Kindern die größte Verwirrung hervorriefen. Alles drängte in großer Aufregung den Ausgängen zu, sodaß nur mit Mühe eine Panik vermieden werden konnte. Der Feuerwehr gelang es nach einstündiger Arbeit, die Räume zu entlüften. Die Urheber des Tränengasanschlages sind noch nicht festgestellt. In den letzten Tagen betrieben die Nationalsozialisten eine lebhafte antisemitische Propaganda mit der Aufforderung an die arische Bevölkerung Wiens, in jüdischen Geschäften nicht zu kaufen.

Neues Eisenbahnunglück in der Schweiz.

Bern, 17. Dezember.

Infolge Nebels fuhr heute in Oerlikon bei Zürich ein Lokalzug auf eine stehende Lokomotive auf. Dabei sind der Heizer des Personenzuges und zwei Reisende ums Leben gekommen. Die drei Toten sind schweizerischer Staatsangehörigkeit. Schwerverletzt wurden vier Personen, leicht verletzt fünfzehn.

Der verunglückte Zug fuhr mit großer Geschwindigkeit auf die alleinstehende Dampflokomotive auf, da offenbar die Einfahrt in den Bahnhof versehentlich freigegeben war. Der Zusammenprall war so heftig, daß die Kuppelung riß und die elektrische Lokomotive des Unglückszuges den hinteren Teil der Dampflokomotive eindrückte. Bei dem Personenzug bohrte sich ein Wagen dritter Klasse in einen Schutzwagen ein; in dem Dritter-Klasswagen befanden sich sämtliche verunglückte Personen. Kurz nach dem Zusammenprall fuhr ein Rangierzug gegen die beiden zur Seite gedrückten Wagen, richtete aber keinen großen Schaden an. Der Führer der alleinstehenden Dampflokomotive konnte im letzten Augenblick abspringen. Der Heizer wurde mit dem Fuß eingeklemmt, konnte sich nicht mehr befreien und verbrannte. Unter den Verunglückten befinden sich keine Ausländer.

Fünf Todesopfer beim Brande eines Petroleumdampfers.

⊙ **Paris**, 18. Dezember.

Im Hafen von Le Havre ereignete sich an Bord eines mit 100 000 Liter Petroleum beladenen Dampfers eine Explosion, die das Schiff im Nu in Flammen setzte. Ein Segelkutter, der neben dem brennenden Schiff lag und mehrere 100 Liter Petroleum an Bord hatte, fing ebenfalls Feuer. Die Frau des Besitzers stürzte sich mit ihrer Tochter ins Meer. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden. Die dreiköpfige Besatzung des Petroleumdampfers wird vermißt.

Die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe.

× **Rom**, 18. Dezember.

Am Sonntag fand die feierliche Einweihung der neugegründeten Stadt Littoria in den früheren Pontinischen Sümpfen durch Mussolini statt. Damit ist der erste und schwierigste Teil des ungeheuren Trockenlegungswerks abgeschlossen, das dieses durch Jahrtausende gefürchtete und gänzlich entvölkerte Fiebergebiet in wenigen Jahren zu fruchtbaren und dicht besiedeltem Ackerland gestalten wird.

Nach einer Rundfahrt durch die vier neuen Gemeinden, in denen die bereits zahlreich errichteten Kolonistenhäuser vorläufig zusammengefaßt sind, fuhr Mussolini die Front der Traktoren und Dampfpflüge ab, die auf der Rundstraße rings um Littoria in endloser Reihe aufgestellt waren. Dann fuhr er auf den dicht besetzten Hauptplatz Littorias und sprach von dem Balkon des turmgekrönten Rathauses aus zur Menge: Der heutige Tag sei einer der schönsten der faschistischen Aera. Er bedeute einen entscheidenden Abschnitt. 6000 Bauern seien auf neu gewonnenem Boden angesiedelt. Aber nach faschistischer Art werde man erst die Siegesbotschaft veröffentlichen, wenn der ganze Plan vollendet sei und 40 bis 50 000 Landwirte ihr Brot in dem neuen Gelände vor den Toren Roms finden würden.

Mussolini kündigte für den April die Ansiedlung weiterer 2000 Familien, für den Herbst 1933 die Einweihung der neuen Stadt Sabauda und für das Jahr darauf die der Stadt Pontinia an. Das faschistische Italien arbeite, die anderen sollten es bei seiner friedlichen Arbeit ungestört lassen.

Kleine Nachrichten.

Am 18. Dezember vollendete der frühere Kommandeur des Gardekorps General Karl Freiherr von Plettenberg sein 80. Lebensjahr. Er wurde als Sohn eines preußischen Majors in Neuhaus (Westfalen) geboren. Im Kriege 1870-71 wurde er Offizier. Im März 1913 übernahm er das Kommando über das Gardekorps, an dessen Spitze er im August 1914 ins Feld zog und zahllose Schlachten und Gefechte siegreich schlug. Anfang 1917 nahm er den Abschied.

*

Lloyddampfer „Lützow" wird verschrottet.

:: **Bremen**, 18. Dez. Der Dampfer „Lützow" wird als erstes der Schiffe des Norddeutschen Lloyd abgewrackt werden, und zwar auf der Vulkanwerft in Vegesack. Die Dampfer „Seydlitz" und „Derfflinger" werden in den technischen Betrieben des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven verschrottet werden.

Das dritte und vierte Opfer auf den Delbrück-Schächten geborgen.

() **Hindenburg**, 18. Dez. Gestern ist es gelungen, die Leichen der beiden beim Unglück auf den Delbrück-Schächten verschütteten Bergleute, der Hauer Woithowsky und Kubitze, an die man bisher noch nicht herankommen konnte, zu bergen.